gegen geschehen wäre. In einem Falle ist sogar eine Bewohnerschaft von mehreren Tausend Seelen durch Anwendung von Zwangsmitteln zum Islam „bekehrt" worden. Das ökumenische Patriarchat sieht die Lage für so bedenklich an, daß es den Metropoliten befiehlt, in den Kirchen bekannt zu geben, daß Eltern, die Töchter, Nichten, Kustinen usw., seien sie nun minder- oder volljährig, in muselmanischen Häusern dienen lassen, den Züchtigungen der Kirche anheimfallen sollen. Das Patriarchat ersucht ferner seine Schutzbefohlenen, nicht nur in muselmanischen Familien nicht zu verkehren, sondern es auch zu vermeiden in der Nähe von solchen zu wohnen. Man muß sich eigentlich wundern, daß in der europäischen Presse nur immer von der Lage der Juden in Rußland viel Aufhebens gemacht, der Christen im ottomanischen Reiche, die es kaum besser haben, aber fast niemals gedacht wird.

Deutsches Reich.

Leipzig, 21. Oktober.

* **Bülows Heimkehr.** In einem Handschreiben, das am Sonnabend in der Reichskanzlei eintraf, teilt Fürst Bülow mit, daß er seine Heimreise am Dienstag nachmittag oder spätestens am Mittwoch vormittag anzutreten gedenke, um hier bald alle seine Geschäfte wieder zu übernehmen.

* **Die Wiederwahl des Geh. Rats Dr. Mehnert** zum Präsidenten der Zweiten Kammer wird von dem offiziellen Organ der konservativen Partei, dem „Vaterland" dahin gedeutet, als sei sie „eine demonstrative Kundgebung des Vertrauens gegenüber den bekannten Angriffen, die in den letzten Monaten gegen die Person des Kammerpräsidenten gerichtet waren". Für mich politisch naiv muß das „Vaterland" seine Leser halten, wenn es ihnen ein solches Urteil zu bieten wagt. Der konservativen Fraktion kommt als der stärksten im Landtag selbstverständlich die Besetzung der Präsidentenstelle zu, und es entspricht alter Gewohnheit, daher einfach denselben Mann wieder zu wählen, der diese Stelle bisher inne hatte. In dieser Wiederwahl eines Präsidenten, der als Präsident der Kammer sich bewährt hat, darüber hinaus eine Vertrauenskundgebung für seine parteipolitische Tätigkeit als Führer der Konservativen zu sehen — das ist eine geradezu beispiellose Verdrehung des Sachverhaltes bei dieser rein parlamentarischen Aktion, und wir sind überzeugt, daß es Herrn Mehnert selbst nur höchst peinlich berühren kann, wenn seine Wiederwahl in dieser unzulässigen parteipolitischen Art ausgenutzt wird. Er wird es sicherlich auch höchst peinlich empfinden, wenn einzelne Blätter bemüht sind, es so darzustellen, als habe der König die Wiederwahl Mehnerts zum Präsidenten ebenfalls in diesem parteipolitischen Sinne gedeutet und Mehnert dazu gratuliert. Denn auf diese Weise wird des Königs Person in ganz unzulässiger Weise in die parteipolitische Diskussion einbezogen. Mögen jene Blätter so geschmacklos sein, dies zu tun — Herr Mehnert selbst wird diese Ausnutzung der Person des Königs zu seinen Gunsten hoffentlich recht bald öffentlich tadeln, um auch nicht einen Augenblick die Vermutung bestehen zu lassen, als stände er derartigen, einem monarchisch loyal denkendem Mann ganz unmöglichen Zeitungsmanövern nicht fern.

* **Die Fahrgeschwindigkeit der Panzerkreuzer.** Das gute Probefahrtsergebnis des bei Blohm & Voß in Hamburg gebauten Panzerkreuzers „Scharnhorst", der auf der Abnahmefahrt 24,1 Seemeilen lief, ist doch erfreulich. Der erste, vor zehn Jahren erbaute Panzerkreuzer, „Fürst Bismarck", besitzt nur eine Fahrgeschwindigkeit von 18,7 Seemeilen. Mit jedem seitdem gebauten Schiffe dieses Typs ist ein Steigerung der Leistungen eingetreten. „Prinz Heinrich" brachte es auf 20 Seemeilen, „Prinz Adalbert" und „Friedrich Karl" erreichten 20,5 Seemeilen, „Rom" und „Yorck" 21 und 21,4; „Scharnhorst" hat jetzt mit 24,1 Seemeilen einen großen Schritt vorwärts gemacht. Er ist der siebente der deutschen Panzerkreuzer und besitzt eine Maschinenkraft, die mehr denn doppelt so groß ist als die des „Fürst Bismarck". Mit der von „Scharnhorst" erzielten Fahrgeschwindigkeit ist diejenige Höhe erreicht, die als Mindestmaß für alle in Zukunft zu bauenden, noch größeren Panzerkreuzer angesehen werden muß, wenn wir im Kriegsschiffsbau vorwärts wollen.

* **Zur Kolb-Frank-Affäre** veröffentlicht der Reichs- und Landtagsabgeordnete Dr. Ludwig Frank folgende Erklärung: „Nach meiner Ansicht steht die Bedeutung der Beerdigungsaffäre in keinem Verhältnisse zu dem von vielen Seiten gemachten Aufwand von Worten und Entrüstung. Ich selbst beteilige mich nicht an der öffentlichen Diskussion, weil ich zur weiteren Aufbauschung der Sache nicht beitragen will. Diesen Standpunkt zu verlassen, bieten mir auch die unrichtigen und verletzenden Bemerkungen des Genossen Bebel keinen Grund."

* **Soziale Fortbildungskurse.** Aus Hagen i. W. wird uns geschrieben: Am letzten Sonnabend wurde der soziale Fortbildungskursus der nationalliberalen Partei im Beisein der Parteileitung eröffnet. Die Teilnehmer — es sind sehr zahlreiche Meldungen eingelaufen — gehören zumeist dem Mittelstande und der Arbeiterschaft an. Der Kursus ist allem speziell darauf zugeschnitten und trägt einen durchaus anderen Charakter, wie die bislang im Westen des Vaterlandes abgehaltenen derartigen Veranstaltungen. Der Bochumer Kursus ging nach seiner Anlage wohl am weitesten. Da der Kursus sich auf drei Monate erstreckte, so mußten die Teilnehmer selbstverständlich ihren bisherigen Beruf für diese Zeit unterbrechen. Das wird nicht allerorten möglich sein. Auch der Unterricht war nicht nur politisch, sondern erstreckte sich auf die Elementarfächer unserer Schulen. Der Kölner Kursus unserer Partei, der vor kurzem erfolgreich beendet wurde, bot eine Unterrichtszeit von einer Woche und befaßte sich dementsprechend nur mit politischen Lehrfächern. Auch er erforderte eine Unterbrechung der Berufsarbeit. Der Hagener Kursus vermeidet diese Unterbrechung: der Unterricht wird nur an Sonnabendabenden und an Sonntagvormittagen erteilt. Der Unterricht wird etwa bis Weihnachten durchgeführt und soll den Teilnehmern folgende Gebiete in gemeinverständlicher Weise behandeln: 1. Abriß der preußisch-deutschen Verfassung und ihrer Geschichte; 2. Wesen und Ziele der Sozialdemokratie; 3. des Reiches Wirtschafts-, Wehr- und Sozialpolitik; 4. politische Geschichte. Dieser Kursus ist als eine Art Unterkursus gedacht, in dem vor allem geeignete Kräfte ausgereift und herangebildet werden sollen, die Intelligenz und Befähigung zur weiteren nutzbringenden Fortbildung besitzen. Da die sämtlichen Vorträge als Abriß heftweise im Druck erscheinen, so glaubt die Hagener Parteileitung damit weiten Kreisen der Parteifreunde Material für ähnliche Kurse bieten zu können. Nach Beendigung des Kursus sollen die bisherigen Erfahrungen ebenfalls den Parteifreunden bekannt gegeben werden. Auskunft erteilt die Geschäftsstelle der nationalliberalen Partei Hagen i. W., Bahnhofstraße 33a.

* **Eine neue politische Organisation der Polen** empfiehlt der Abg. Napieralski in der „Praca". Die bisherigen Organisationen, wie das Zentralwahlkomitee, genügten nicht für die Entscheidung über wichtige Fragen von allgemeiner Bedeutung. Für die neue Vertretung des Polentums solle vorläufig an dem Modus des Wahlkomitees festgehalten werden. Die Parochialvereine sollen Delegierte zu einem politischen Kreiskomitee wählen, welches wieder nach Verhältnis der abgegebenen Stimmen Vertreter zu einem allgemeinen Parteitage ernennt. Nehme man an, daß auf je 5000 abgegebene polnische Stimmen ein Delegierter für den allgemeinen Parteitag entfallen würde, dann setzte sich die politische Repräsentation aus 100 Bürgern zusammen. Zähle man hierzu alle Abgeordneten des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, so würden 150 Männer herauskommen, zu denen man das Vertrauen haben könnte, daß sie gewissenhaft und verständig die Angelegenheiten der Gemeinschaft lenken werden. Von einer so zusammengesetzten Repräsentation könnte man mit Recht gute Dinge erwarten. Herr Napieralski hat dabei freilich nicht berücksichtigt, daß der von ihm vorgeschlagene „Parteitag" die antideutsche Agitation, auf die es ihm doch vor allem ankommt, schwerlich in einer so systematischen und der Oeffentlichkeit so wenig auffallenden Weise besorgen kann, wie sie jetzt von dem Mareinkowski-Verein und anderen Vereinigungen betrieben wird.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

* **v. Tschirschky in Wien.** v. Tschirschky und Bögendorff äußerte sich dem Berliner Korrespondenten der „Neuen Freien Presse" gegenüber folgendermaßen: „Es wird meiner Amtstätigkeit sehr zustatten kommen, daß ich auf ein festes Einvernehmen mit Frhrn. v. Aehrenthal rechnen darf, mit dem ich schon in Petersburg zusammengewirkt habe. Dieser hat mich jetzt anläßlich meiner Ernennung in einem ganz besonders liebenswürdigen Schreiben beglückwünscht, in dem er mir ein Zusammenwirken im Sinne des deutsch-österreichischen Bündnisses in Aussicht stellt. Ich komme als überzeugter Anhänger dieses Bündnisses und des Dreibundes nach Wien. Hier werde ich als Vertreter der deutschen Interessen leben, als treuer Freund Oesterreich-Ungarns und als Beobachter der dortigen Vorgänge. Aber ich werde niemals auch nur im entferntesten daran denken, ebensowenig wie einer meiner Vorgänger jemals daran gedacht hat, mich in die inneren Verhältnisse Oesterreich-Ungarns einzumischen."

* **Gegen Minister Forscht,** ihren eigenen Landsmann, rennen jetzt die Tschechen an. Die tschechischen Agrarier und Klerikalen verlangen seine Entfernung. Die Jungtschechen treten an den Ministerpräsidenten wieder mit ihrer Politik der Forderungen heran. Wenn diese nicht erfüllt werden, wollen sie gegen den Ausgleich stimmen, was die Stellung der tschechischen Minister unmöglich machen würde. Die Entscheidung über das Verbleiben der tschechischen Minister wird Mittwoch in einer Versammlung der tschechischen Abgeordneten fallen. Wahrscheinlich scheidet Forscht aus und wird durch Padak als Handelsminister ersetzt, an dessen Stelle der Agrarier Prasek Landkmannminister wird. — Wir haben es gleich gesagt: nach den Ungarn wollen nun gleich die Tschechen wieder einen Profit herausschlagen.

* **Antikoalition.** Das seltsame Wort ist in diesen Tagen in einer Volksversammlung der Wehrschetzer deutschen Bürgerpartei gefallen und hat dort großen Anklang gefunden. Der Hauptredner, Ingenieur Reinhold Hergn, der geistige Führer des dortigen Deutschtums, machte den Versammelten, die über die Wahlreform beraten, die Mitteilung, daß sich eine Reihe ungarländischer Parteien zusammengeschlossen habe, um die sofortige Einführung des allgemeinen Wahlrechts energisch zu betreiben; es sind folgende: Die Nationalitätenpartei, die radikale Bürgerpartei in Weitmagyarn, die ungarländische deutsche Volkspartei, die magyarische Bauernpartei im ungarischen Tiefland, die Kroaten und die Sozialdemokraten. In derselben Versammlung der Wehrschetzer Bürgerpartei wurde Verwahrung dagegen eingelegt, daß die Gemeindeschulen durch die Vorherrschaft der magyarischen Sprache ihrem Zweck als Bildungsstätten vollständig entfremdet werden. Es wurde beschlossen, an den römisch-katholischen Kirchenrat eine Zuschrift zu richten, in der „nachdrücklichst gefordert wird, daß der obligatorische deutsche Religionsunterricht in allen Volksschulen sowie in der Mädchenbürgerschule unverzüglich eingeführt werden soll." Auch die Wehrschetzer Schulkommission soll schriftlich ersucht werden, „dafür zu sorgen, daß die deutschen Schulkinder Lesen, Schreiben und Rechnen in ihrer Muttersprache erlernen".

Frankreich.

* **Die Armee.** Aufsehen erregt ein Buch des Deputierten Humbert, das den Titel führt: „Sind wir verteidigt?" Das Buch beginnt mit einer Prüfung des Seelenzustandes der Armee. Nach Ansicht des Verfassers sagen sich viele Offiziere im geheimen: „wir dienen Frankreich, aber nicht der Republik"; dagegen seien die Soldaten im Kern vorzüglich, die Unteroffiziere in jeder Hinsicht vortrefflich. Aber diese Vorzüge lähmen nicht zur Geltung, da die Armee kein richtiges Kommando habe. Humbert schildert nun die allmächtigen Bureaux und die Kommissionen; er nennt sie die Geburtsstätten jeder Verschleppung und Begünstigung, die Gräber für alle Neuerungen. Er weist darauf hin, daß alle Verfasser von Berichten vergebens von diesen Schäden gesprochen hätten. Dann geht er auf Detailfragen ein. Er behauptet, daß die Artillerie nicht genug Mitrailleusen habe, daß die Zustände in den Festungen an der Ostgrenze unhaltbar seien. Hier führt er Beispiele an, die fast unmöglich erscheinen. Er schließt mit Angabe der Mittel, die zur Besserung dienen sollen, und unter denen sich außer militärtechnischen Vorschlägen auch die materielle und moralische Hebung der Lage von Offizieren und Unteroffizieren und die Abschaffung der sogenannten technischen Komitees befindet. Das Buch macht nicht den Eindruck, als sei es auf Sensation hin geschrieben. Es wird in Frankreich und im Ausland mit Aufmerksamkeit gelesen werden und zu vielen Diskussionen Anlaß geben.

* **Algerische Anleihe.** Finanzminister Caillaux hat im Einvernehmen mit Jonnart, den Gouverneur von Algerien, die Vorlage fertiggestellt, nach welcher eine Anleihe für diese Kolonie in Höhe von 175 Millionen Francs aufgenommen wird. Hundert Millionen sind für Ausbau der bestehenden und Anlage neuer Bahnlinien bestimmt. In der Hauptsache handelt es sich darum, den algerischen Innenhandel mit dem Seeverkehr in möglichst günstige Verbindung zu bringen.

Holland.

* **Sie bleiben!** Nach einer halbamtlichen Meldung wird die Ablehnung des Regierungsantrages über den Ausbau und die Vollendung der „Stelling Amsterdam" durch die zweite Kammer weder dem Gesamtministerium noch dem Kriegsminister Anlaß zur Einreichung eines Entlassungsgesuches geben.

Rußland.

* **Das Sterben von Lodz.** Die in der letzten Zeit so oft vom Unglück heimgesuchte Stadt Lodz, das russische Manchester, befindet sich augenblicklich in einem bedauernswerten Zustande, der von Eingeweihten als „Agonie" bezeichnet wird. Denn seitdem Lodz die kolossalen Streiks, die unerhörten Ausschreitungen von rechts und links zu bestehen hatte und die Ermordungen zahlreicher Personen in verantwortungsvollen Stellungen in erschreckender Weise zunahmen, da kehrten die maßgebenden Fabrikanten mit ihrer Familie der Stadt Lodz den Rücken und zogen mitsamt ihren Kapitalien fort, während die Betriebe allmählich nach den anderen Orten verlegt oder ganz aufgegeben sind. Dadurch aber verlor Lodz fast alle großen Märkte, und es blieben ihm nur noch solche Kunden, die Moskau „nicht nimmt", wie die Russen zu sagen pflegen, d. h. solche Kaufleute, die starken Kredit in Anspruch nehmen und ihn fast nirgends erhalten. Dazu kommt noch, daß die Arbeitslöhne in Lodz um etwa 40—50 Prozent gestiegen sind, so daß die Preise für die Waren bedeutend erhöht werden mußten. Dadurch aber erhielt der Käufer für dasselbe Geld in Lodz weit schlechtere Waren als z. B. in Moskau. Kein Wunder daher, daß viele Lodzer Fabrikanten kolossale Lager von solchen Waren haben, die von den Bestellern unter allen möglichen Vorwänden zurückgeschickt sind. Infolgedessen sehen sich auch die Lodzer Fabrikanten gezwungen — so schwer es ihnen auch fallen mag — die Zahl der Arbeitstage zu beschränken, was eine Reaktion seitens der Arbeiter hervorruft, da letztere bestrebt sind, wöchentlich ein Fixum zu haben anstatt des jetzt üblichen Stückpreises. Dagegen wehren sich die Lodzer Fabrikanten und ziehen nun vor, wie dies Posnanski und Konsorten getan haben, Lodz gänzlich zu verlassen.

* **Die russischen Muselmanen.** Die in Rußland lebenden Muselmanen galten in den Zeiten vor der Einberufung der ersten Reichsduma insofern als regierungsfreundlich gesinnte Elemente, als sie die russische Reaktion zu unterstützen bestrebt waren, mindestens zu diesem Zwecke sehr leicht gewonnen werden konnten. In der ersten und erst recht in der zweiten Reichsduma traten jedoch muselmanische Reichsdumamitglieder für ein energisches und in jeder Beziehung völlig unabhängiges Vorgehen der in Rußland lebenden Muselmanen auf, und da die Zahl der muselmanischen Reichsdumamitglieder eine verhältnismäßig große war, und sie auch ziemlich einig vorgingen, so konnte die muselmanische Reichsdumafraktion auch gewisse Erfolge aufweisen. Nach der Auflösung der zweiten Reichsduma und insbesondere nach dem Inkrafttreten des neuen Wahlgesetzes änderte sich das Bild, und die jetzige Wahlagitation zeigt, wie weit die Mauserung der russischen Muselmanen gegangen ist. Abgesehen davon, daß fast alle russischen Muselmanen auch nicht im geringsten daran denken, die russische Regierung oder deren Pläne zu unterstützen, benutzen jetzt die muselmanischen Agitatoren die Gelegenheit, um die in Rußland lebenden Muselmanen oppositionell zu stimmen und für keinen Regierungskandidaten einzutreten. „Es nähert sich ein Moment", heißt es in einem Aufruf, „wobei wir, Muselmanen, zeigen müssen, daß wir in der Lage sind, würdige Männer zu wählen, die als wahre Repräsentanten unserer Wünsche auftreten können und die zu gleicher Zeit die Bedürfnisse des Volkes ebenso gut kennen, wie die eigenen." Dabei weisen die muselmanischen Agitatoren in flammenden Worten auf all die reaktionären Maßnahmen und die haarsträubenden Unterdrückungen hin, die speziell den russischen Muselmanen gegenüber zur Anwendung kommen. Eine solche Mauserung der russischen Muselmanen aber, selbst wenn letztere in der dritten Reichsduma auch nicht so zahlreich vertreten sein werden, kann der russischen Regierung keineswegs gleichgültig sein, sodaß sich Minister Stolypin wohl rechtzeitig entschließen dürfte, die von ihm bereits wiederholt gemachten Versprechungen den russischen Muselmanen gegenüber nun endlich auch wenigstens teilweise zu verwirklichen.

* **Deutsche Schule in Riga.** Die Albertschule des deutschen Vereins in Livland zu Riga veröffentlicht soeben ihren ersten Jahresbericht, der ein erfreuliches Bild der kraftvollen Entwickelung dieser von der Opferwilligkeit des schwer getroffenen baltischen Deutschtums in Livland zeugenden Schule enthält. Die Schule wurde aus den Mitteln des deutschen Vereins am 1. September 1906 als eine Mittelschule mit Real- und Gymnasialklassen eröffnet. Sie erhielt ihren Namen zum Gedächtnis des Bischofs Albert von Bremen, der die Stadt Riga gründete, und der Apostel christlicher und deutscher Kultur in Livland war, während die gleichzeitig vom deutschen Verein eröffnete erste deutsche Elementarschule im Andenken an die geistliche Tätigkeit des Dichters Herder in Riga den Namen „Herderschule" erhielt. Trotz der notwendigen Höhe des Schulgeldes, das für Kinder von Vereinsmitgliedern erst auf 60, dann auf 80 Rubel, für Kinder von Nichtmitgliedern auf 120 Rubel festgesetzt werden mußte, wuchs die Schule erfreulich empor. Sie wurde eröffnet mit einem Schülerbestand von 141 Schülern. Nachdem mit dem Schluß des ersten Schuljahres die ministerielle Erlaubnis erhalten war, ihr sowohl zwei Vorbereitungsklassen wie auch eine Oberklasse, Sekunda, anzugliedern, tritt die Schule mit insgesamt 301 Schülern in ihr zweites Jahr ein. Sämtliche Schüler bis auf einen haben die deutsche Sprache als Mutter- und Umgangssprache an, und auch der Konfession nach gehörte nur ein Schüler zur griechisch-orthodoxen, 2 zur römisch-katholischen Kirche, alle übrigen sind Protestanten. Der Unterricht findet in allen Fächern, mit Ausnahme der russischen Sprache, der Geschichte und der Geographie Rußlands, die in russischer Sprache unterrichtet werden, in deutscher Sprache statt.

* **Die Judenfrage.** (Von unserm Petersburger ‡-Korrespondenten.) Der Ministerrat ist sich immer noch nicht schlüssig darüber, ob es angebracht sei, das Gesetzesprojekt über die Judenfrage in der Form, wie es vom Ministerium des Innern ausgearbeitet wurde, vor die dritte Reichsduma zu bringen. Das „neue" Projekt ist nämlich durchaus nicht neu. Es läuft durchaus nicht darauf hinaus, die Juden der übrigen Bevölkerung rechtlich gleichzustellen, sondern betrifft nur die Freizügigkeit der Juden, mit anderen Worten also die Aufhebung des sog. Ansiedlungsrayons. Ist also das neue Gesetzesprojekt so zu verstehen, daß den Juden in Zukunft dieselben Rechte im ganzen russischen Reiche zustehen sollen, welche ihnen bisher nur im Ansiedlungsrayon zu eigen waren, so dürfte damit für sie nur wenig gewonnen sein. Die Juden dürfen im Rayon nur in den Städten und Flecken wohnen, Handel treiben, auf dem flachen Lande jedoch ist ihnen der Aufenthalt und jede Berufsübung untersagt. Nur diejenigen, welche in irgendeinem Dorfe vor Erlaß der temporären Bestimmungen vom 3. Mai 1882 sich niedergelassen hatten, dürfen dort, aber auch nur in jenem Dorfe, weiterbleiben. Will ein zu dieser Kategorie gehöriger Jude oder eines seiner nächsten Familienmitglieder noch einem anderen, in der nächsten Nähe gelegenen Dorfe ansiedeln, so besitzt er kein Recht hierzu. Der Rayon weist noch gar viele einschränkende Bestimmungen auf. Selbst die jüdischen Handwerker, denen das bekannte Allerhöchste Gesetz vom Jahre 1865 die Freizügigkeit im ganzen Reiche gewährt, durften bis zum Erscheinen des Allerhöchsten Manifestes vom 11. August 1905 auf dem flachen Lande im Rayon nicht wohnen und ihrem Berufe nachgehen. Durch die Aufhebung der Handwerkskammer und die Unmöglichkeit, „Diplome" zu beschaffen, ist das Freizügigkeitsrecht der jüdischen Handwerker übrigens zu einem toten Buchstaben geworden. Das Recht, Immobiliarbesitz zu erwerben, bewegt sich in ganz engen Grenzen. Vollständig unerfindlich aber ist es, weshalb für die wissensdurstige jüdische Jugend selbst da die Pforten der Lehranstalten geschlossen bleiben, wo die Schulen infolge der überwiegenden jüdischen Bevölkerung halb leer stehen. Die gänzliche Ausschließung der Juden von der Teilnahme an der städtischen Verwaltung muß man als schweres Unrecht bezeichnen. Es ist vorgekommen, daß in manchen Städten des Rayons der weitaus größte Teil der würdigen Stadtväter aus Analphabeten besteht, weil die intelligente jüdische Bevölkerung, deren Interessen weit mehr mit dem städtischen Haushalte verknüpft sind und oft geschädigt werden, nur eine Zuschauerrolle zu spielen hat. Wenn die Regierung vor hat, alle diese rechtlichen Unzulänglichkeiten, anstatt sie auszumerzen, nur auf ein weiteres Gebiet zu verteilen, so dürfte der Wert des neuen Judengesetzes recht niedrig einzuschätzen sein.

* **Eine neue Eisenbahn im Altajgebiet.** Dem russischen Finanzministerium ist ein grandioses Eisenbahnprojekt unterbreitet worden, nämlich die Errichtung einer mehr denn zweihundert Werst langen Eisenbahn in dem reichen Altajgebiet. Die Bedeutung einer solchen Altajbahn ist eine enorme, denn sie ist dazu berufen, wie die Katharinenbahn in Südrußland, eine ebensolche Rolle in jener an Naturschätzen ungemein reichen Gegend Sibiriens zu spielen. Aus der dem russischen Finanzministerium zur Prüfung vorgelegten Denkschrift geht u. a. hervor, daß diese Altajbahn der russischen Regierung eine Menge bedeutender Vorteile bieten, die Leistungsfähigkeit und somit auch die Rentabilität der großen sibirischen Bahn heben wird, während die Unkosten der sibirischen Bahn bezüglich der Frachten für Heizmaterial usw. bedeutend reduziert werden könnten. Die Rentabilitätsberechnung der projektierten Altajbahn stellt sich wie folgt dar: Es wird angenommen, daß jährlich 110 000 Passagiere mit 40 000 Pud Gepäck, 140 000 Pud Eilgut und 45 450 000 Pud Frachtgut befördert werden, was insgesamt mehr als drei Millionen Rubel bringen muß. Das Obligationskapital zum Bahnbau ist mit 20 Millionen Rubel angesetzt worden. Da die Konzession auf 81 Jahre erteilt werden soll, so ist jährlich an Zinsen, Amortisation usw. etwa eine Million Rubel zu zahlen, auch dürfte der Betrieb etwas über eine Million Rubel erfordern. Somit würden die Gesamtunkosten für die neue Altajbahn nur rund zwei Millionen Rubel betragen, während die erhofften Einnahmen mindestens drei Millionen Rubel ausmachen, so daß jährlich ein Ueberschuß von etwa einer Million Rubel zugunsten der Eisenbahngesellschaft verbleiben kann. Diese — nebenbei gesagt von ernsten russischen Fachleuten aufgestellte Kalkulation — hat nun das russische Verkehrsministerium sowie das Finanzministerium veranlaßt, eine besondere Kommission einzusetzen, um das Projekt der Altajbahn sofort genau zu prüfen und einen Beschluß darüber zu fassen. Es fragt sich nun, ob die russische Regierung sich dazu verstehen wird, den Bau der Altajbahn einer Privatgesellschaft zu überlassen; in diesem Falle würde die Altajbahn die erste Privatbahn in Sibirien sein.

Türkei.

* **Der Zwischenfall auf Samos.** Es bestätigt sich nunmehr, daß die den Einwohnern von Samos bestehenden Bestrebungen, welche auf eine endgültige Lostrennung der Insel aus dem Bestand des ottomanischen Reiches und ihre Angliederung an Griechenland abzielen, die Pforte dazu veranlaßt haben, den Fürsten Karatheodory abzusetzen und an seiner Stelle Georgiades zu ernennen. Karatheodory hatte während seiner Verwaltung das Mögliche getan, um die Verwaltung im Einklang mit den Aspirationen der Bevölkerung zu führen, und namentlich war er bestrebt, sämtliche Privilegien der Samier den Uebergriffen der ottomanischen Regierung gegenüber ungeschmälert aufrecht zu erhalten. Den letzten Anstoß zu seiner Absetzung bildete die Tatsache, daß er das von der gesetzgebenden Gewalt auf Samos angenommene Gesetz über Errichtung einer Staatsbank sanktioniert hat, trotzdem Ferid Pascha ihm dies untersagt hatte. Es wird berichtet, daß die Einführung des neuernannten Fürsten Georgiades zu ergötzlichen Zwischenfällen geführt hat, indem unter anderem die verschiedenen Verwaltungsbehörden, dem Beschlusse der gesetzgebenden Versammlung entsprechend, die Ankunft des neuen Herrschers vollkommen ignoriert haben. Sogar die Pforten und Türen des fürstlichen Palais waren verriegelt und verschlossen, so daß man sie mit Gewalt erbrechen mußte. Während drei Tagen hat der neue Fürst mit der gesetzgebenden Kammer Verhandlungen gepflogen, und man kam schließlich nur durch die Intervention der Delegierten des Sultans, und nachdem diese auf ausdrücklichen Befehl des Herrschers die Versicherung gegeben hatten, daß sämtliche Privilegien der Insel seitens der türkischen Regierung respektiert werden würden, zu einer Einigung. Bemerkenswert ist es, daß die Garantiemächte Frankreich, England und Rußland sich trotz der aus Samos an sie gerichteten Bittschriften um den Zwischenfall gar nicht gekümmert, und die Schlichtung der strittigen Angelegenheit der Machtvollkommenheit des Sultans überlassen haben.

Serbien.

* **Die Vertagung der Skupschtina** wird regierungsseitig mit dem Wunsche begründet, inzwischen die Handelsvertragsverhandlungen mit Oesterreich zum Abschluß zu bringen. Der Opposition wird diese Auslegung schwerlich genügen. Daß der Unwille sich gegen die Person des Königs richtet, wie gemeldet wurde, ist ein sehr bemerkbares Zeichen. König Peter hat nun einmal ebensowenig Kapital an Autorität und Sympathie zuzusetzen, wie er bares Kapital in seinem Geldschranke birgt.

Marokko.

* **Desertierte Fremdenlegionäre.** In Rabat sind noch fünf in Casablanca desertierte Fremdenlegionäre deutscher Nationalität dem deutschen Vizekonsul von den Marokkanern übergeben worden. Es sind jetzt zusammen neun. Sie sollen mit dem ersten deutschen Dampfer in die Heimat befördert werden.

Brasilien.

* **Fünfzigjähriges Jubiläum.** Vor kurzem feierte die deutsch-evangelische Kirchengemeinde in Blumenau unter großer Beteiligung des südbrasilianischen evangelischen Deutschtums ihr fünfzigjähriges Jubiläum. Ihre Entwickelung hat mit dem Emporblühen der Kolonie Blumenau selbst gleichen Schritt gehalten. Die ersten Gottesdienste wurden vor fünfzig Jahren in einem breiteren Einwandererschuppen gehalten. Nach einigen Jahren errichtete die Gemeinde ein ebenfalls breiteres Bethaus. Im Jahre 1877 wurde die auf einem von dem Gründer der Kolonie Blumenau geschenkten Grundstück im gotischen Stil errichtete heutige „Heilige Geist"-Kirche eingeweiht. Die Gemeinde entwickelte sich schnell, die Zahl der Konfirmanden, die 1881 147 betrug, war 1884 schon auf 237 angewachsen. Heute sind aus der einen Gemeinde Blumenau 7 evangelische Gemeinden mit acht Geistlichen geworden, darunter eine selbständige Gemeinde der Kolonisationsgesellschaft Hansa unter dem bekannten P. Dr. Aldinger. Mit dem 5. März 1906 ist die Gemeinde Blumenau der preußischen Landeskirche angeschlossen. Sie bildet den Eckpfeiler des Deutschtums im Staate Santa Catharina.